

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Alexander J. Herrmann (CDU)**

vom 09. Juli 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Juli 2013) und **Antwort**

#### Wirtschaftlicher Schaden durch steigendes Grundwasser

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Die Kleine Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die nachstehend genannten Unternehmen um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie wurden der Beantwortung zugrunde gelegt.

1. Wie stellt sich die gegenwärtige Situation an Schäden durch steigendes Grundwasser an Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Brücken, Tunneln, Kabelkanälen, Rohren etc., die sich im Besitz des Landes Berlin bzw. der Bezirke befinden, dar, bitte unterteilt nach Bezirken und Land?

Zu 1: Schäden an Infrastruktureinrichtungen wie z.B. Brücken und Tunneln durch steigendes Grundwasser sind dem Senat nicht bekannt.

2. Inwieweit sind Schäden durch steigendes Grundwasser bzw. Schichtenwasser an Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen, der mehrheitlich im Landesbesitz befindlichen Unternehmen bekannt, insbes. bei der BSR, den BBB, der BVG, den BWB? (Bitte um Angaben nach Unternehmen und betroffener Infrastruktureinrichtungen sowie - wenn vorliegend - einer Kostenschätzung zur Beseitigung der vorhandenen Schäden?)

Zu 2.: Vernässungsschäden durch steigendes Schichten- oder Grundwasser an Gebäuden und Anlagen der Berliner Wasserbetriebe (BWB) sowie Berliner Bäderbetriebe (BBB) sind den Unternehmen derzeit nicht bekannt.

Die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) teilten auf Nachfrage mit, dass keine zusätzlichen Schäden auf-

treten seien. Die bisherigen Mängel seien auf die damalige Bauausführung zurückzuführen.

Eine pauschale Bewertung der finanziellen Auswirkungen durch die BVG sei nicht möglich, da der zu erwartende Grundwasserspiegelanstieg nicht proportional zu möglichen bzw. schon eingetretenen Schäden und deren finanziellen Aufwendungen an deren Infrastruktureinrichtungen stehe. Es gebe eine Vielzahl von Stellen, bei denen Feuchtigkeit in U-Bahn-Anlagen eindringt. Für die Beseitigung solcher Schäden habe die BVG jährlich 250.000 € eingeplant. An BVG-Gebäuden hingegen seien bislang keine Vernässungsschäden durch steigendes Grundwasser festgestellt worden.

3. Gibt es einen Erkenntnisstand über Schäden an unterirdischen Infrastruktureinrichtungen der Leitungsbetriebe, z.B. Strom, Gas, Telefon etc., ggf. sind bei den jeweiligen Betrieben Steigerungen bei den finanziellen Aufwendungen zur Beseitigung der Schäden und Instandhaltung der Einrichtung festzustellen?

Zu 3.: Nein.

4. In welchem Umfang sind in Berlin privatwirtschaftliche Unternehmen, z.B. aus der Wohnungswirtschaft, von steigenden Grundwasserständen und/oder Schichtenwasser betroffen?

Zu 4.: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt legt nach Senatsbefassung ihren Abschlussbericht zum Runden Tisch Grundwasser dem Abgeordnetenhaus vor. Dieses Gremium tagte im vergangenen Jahr unter Beteiligung von Betroffenen, Interessenvertretungen, Vertreterinnen und Vertretern aus den Bezirken und den Parteien, den Berliner Wasserbetrieben sowie Expertinnen und Experten aus der Fachbehörde. Der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sind derzeit 1.190 Gebäude mit Kellervernässungen gemeldet, das sind 0,2 % des Gesamtbestandes von ca. 550.000 Gebäuden in Berlin. Eine Differenzierung zwischen Wohn- und

Geschäftshaus ist nicht erfolgt. Die Betroffenenvertretungen gehen von einer hohen Dunkelziffer von „schweigenden“ Betroffenen aus.

Nach Auskunft der Industrie und Handelskammer (IHK) Berlin liegen bisher keine ausreichenden Daten für eine umfassende Beschreibung der Betroffenheit von Unternehmen in der Stadt vor. In einer Umfrage aus dem Jahr 2011 der IHK Berlin unter Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben mehr als 20 Prozent der Antwortenden ihre Betroffenheit bestätigt. Die den Kammern und Verbänden vorliegenden Daten basieren auf einzelnen Meldungen von oder Umfragen unter Berliner Unternehmen und können kein repräsentatives Bild der betroffenen Wirtschaft in Berlin zeichnen.

Berlin, den 31. Juli 2013

In Vertretung

Guido B e e r m a n n

.....  
Senatsverwaltung für Wirtschaft,

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. August 2013)